

# Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Ausgaben:  
In Posen  
eher in der Provinz  
in Posen (C. H. Ulrich & Co.)  
Bretzfelder 1.  
in Breslau  
bei Herrn A. Spindler,  
Karl- u. Friedrichstr. 6.  
in Breslau bei Herrn L. Steinau  
in Frankfurt a. M.  
S. C. Hanke & Co.

Wiederholungen  
Ausgaben: Breslauer  
In Berlin, Hochzeit  
Breslau, Bremen, G. Salter  
Rudolph Schlesier  
in Berlin, Breslau  
Konrad a. M. Strobel, Hanover  
Wien u. Venedig  
Gassenstein & Söhne  
in Breslau  
A. Hartmann, Leipzig  
in Dresden: Paul Göttsche

Nr. 860.

Der Abdruck auf dieses Tägliche ist nur erlaubt, wenn die Zeitung auf diesem Platz betrachtet wird. Es darf nicht aus dem Lande gebracht werden, da es zu einem Verbot führt.

Dienstag, 8. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Am 1. J. 1874.

Berlin, 7. Dezember. Der König hat dem Schulzen Mühlbrand zu Mierun im Kreise Mogilno, dem Schulzen Meyer zu Arnsdorf im Kreise Schubin und dem Provinzial-Chaussee-Aufseher Müllner zu Schönlanke im Kreis Eberswalde das Allgemeine Ehrenzeichen, dem Kaufmann Edwin Eginald Emil Nauvin, Inhaber der Firma A. B. Nauvin zu Berlin, das Prädikat eines Königl. Hoflieferanten verliehen.

Die Kataster-Kontrolleure Möhring in Stargard i. Pommern, Alois zu Steinau a. D., Gebauer zu Habelschwerdt, Beigan zu Oppeln, Wiesler zu Kreuzburg, Hannig zu Neustadt Obersch., Nietsch zu Herford, Jung zu Herford und Bellingrath zu Drabenderhöhe sind zu Steuer-Inspektoren ernannt. Dem Major a. D. Dr. Raphael Kühner in Hannover ist das Prädikat "Professor" beigelegt, dem Königl. Kreis-Baumeister Karl Hermann Wendt, früher in Gartheim, die in eine Kreisbaumeisterstelle umgewandelte Bau-Beamtenstelle für den Kreis Teltow verliehen und gestaltet worden, bis auf Weiteres in Berlin seinen Wohnsitz zu nehmen. Der Direktor der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft ist die Erlaubnis zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine, von der Strecke Charlottenburg-Spandau der Berlin-Hamburger Eisenbahn sich abzweigenden Bahn nach Charlottenburg zum Anschluß an die, für die Berliner Stadt-Bahn, die Staatsbahn Berlin-Wedel und die Berliner Verbindungsbahn projektierten Bahnhofsanlagen, erhalten worden.

## Telegraphische Nachrichten.

München, 7. Dezember. Der Staatsminister des Auswärtigen v. Preischner und der Finanzminister Berr werden heute Abend zur Theilnahme an den Verhandlungen des Bundesrates nach Berlin abreisen.

Bern, 7. Dezember. Aus Bellinzona (Kanton Tessin) wird gemeldet, daß gestern die Eröffnung der Bahnstrecken Bellinzona-Baceca und Lugano-Chiaffo der Gotthard-Bahn stattgefunden hat.

Rom, 6. Dezember. Die "Opinione" weist auf die große politische Bedeutung der Aufhebung des deutschen Gesandtschaftspostens beim päpstlichen Stuhle hin und hebt namentlich hervor, daß Italien diese Schritte der deutschen Reichsregierung gegenüber sich nicht gleichzeitig verhalten, vielmehr in demselben einen neuen Erfolg übereinstimmender Grundsätze erblicken werde.

London, 7. Dezember. Auf die von einer Versammlung neureformistischer Geistlichen in Lancaster (Cornwall) an Gladstone aus Veranlassung seiner Broschüre über die vatikanischen Dekrete gerichtete Dankadresse hat Letzterer unter dem 2. v. ein Erwiderungsschreiben erlassen. Gladstone spricht in demselben den Unterzeichnern der Adresse seinen Dank für das Vertrauen aus, welches ihm betreffs der Aufrichtigkeit seiner Meinungsäußerung fundgegeben worden sei und versichert, daß er an den von ihm in der Broschüre aufgestellten Grundsätzen über die Unvereinbarkeit der vatikanischen Dekrete mit der Unabhängigkeit festhalte.

Belgrad, 7. Dezember. Die gestern mitgetheilte Ministerliste ist nachträglich dahin abgeändert, daß das Finanzministerium von Koljevic und das Ministerium für Kommunikationen von Ivanovic übernommen wird.

Washington, 6. Dez. Von der morgen im Kongress zur Verlelung gelangenden Botschaft des Präsidenten Grant liegt bereits in den hiesigen Journalen eine ausführliche als authentisch bezeichnete Analyse vor, nach welcher der Präsident auf das Entschiedenste die baldige Wiederaufnahme der Baarzahlungen empfiehlt, die allerdings nicht vor dem Januar 1876 möglich sein werde. Den Zeitpunkt für diese Maßregel, sowie die einzelnen Mittel und Wege zur Erreichung des Zwecks möge der Kongress festsetzen, dem eine besondere Berücksichtigung der durch den Übergang zur Metall-Währung in hohem Grade berührten Rechtsansprüche aus allen seit längerer Zeit abgeschlossenen Bündnisverträgen anempfohlen wird. Aus diesem Grunde werde der Termin für die Einzahlung des Papiergeldes geändert werden müssen. Die Botschaft schlägt vor, das Schatzdepartement zu ermächtigen, bei Wiederaufnahme der Baarzahlungen ausreichende Goldankäufe vermittelst Verkaufs von Bonds zu bewirken. In allen Zweigen der Verwaltung müsse gleichzeitig zur Erleichterung der Maßregel die größte Sparsamkeit durchgeführt werden. Ebenso sei eine Reform des Post- und Steuer-Gesetzes ins Auge zu fassen, um einen höheren Steuerrabatt zu erzielen. Ferner sollten die Staatsbanken zur selben Zeit von bisherigen Beschränkungen befreit werden, der Ausgabe ihrer Noten befreit werden, indem es der gemeinsamen Vertretung derselben freigesetzt werden würde, den Minimalbetrag des Notenumlaufs festzustellen. Die bisherigen Schutzmaßnahmen für die Inhaber der Bondsnoten hätten jedoch in Kraft zu bleiben. Die näheren Bestimmungen über die Freiheit der Banken und die Vorbereidungen ihrer Organisation müsse der Kongress feststellen. In Betreff der Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Auslande konstatirt die Botschaft die ungestörte Fortdauer des freundlichen Verkehrs mit allen auswärtigen Mächten. Eine Ausnahme hiervon bildeten nur die Beziehungen zu Venezuela, das die aus dem Vertrage von 1866 resultirenden Entschädigungen noch immer nicht bezahlt habe, und außerdem diejenigen zu Spanien. Die Unionregierung hätte sich wegen der Fortdauer der Insurrektion auf der Insel Kuba zu beklagen, wodurch dem amerikanischen Handel ganz beträchtliche Verluste zugefügt würden. Die Botschaft erklärt, daß es für Amerika nothwendig werden könne, im Verein mit den anderen Mächten der kubanischen Insurrektion ein Ende zu machen, da Spanien sich vergeblich bemüht habe, dieses Ziel zu erreichen. Der Präsident giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die mit Spanien schwebenden

Verhandlungen in der Virginius-Angelegenheit bald zum Abschluß gebracht werden möchten, wenngleich die Lage derselben zur Zeit keine sehr günstige sei, indem er gleichzeitig ankündigt, daß die Höhe der Entschädigungsforderungen den Gegenstand einer besonderen Botschaft bilden solle. Alsdann wird noch die Indianerfrage besprochen. Der Präsident hofft, daß die den Eingeborenen gegenüber befolgte friedfertige Politik gute Früchte tragen werde, indem sie die Grenzgebiete endlich von der Wiederkehr der indianischen Aufstände bewahre. Die Botschaft schließt mit dem Versprechen, daß die Regierung mit Energie an den Verwaltungsreformen weiter arbeiten werde und empfiehlt die Einsetzung eines Gerichtshofes, dem die Erledigung der von Ausländern erhobenen Reklamationen, sowie die Regelung der Einwanderung aus China zur besonderen Aufgabe gemacht werden solle.

## Deutscher Reichstag.

## 26. Sitzung.

Berlin, 7. Dezember. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Am Tische des Bundesrats Staatsminister Delbrück, General-Postdirektor Stephan, Generalmajor Mehdam und mehrere Kommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

a) für die St. Gotthard-Eisenbahn.  
Einnahme 969,023 Mark, einmalige Ausgaben 1,817,048 Mark. Der Etat wird ohne Debatte genehmigt.

b) Post- und Zeitungsverwaltung.

Einnahme 101,725,050 Mark (7,993,506 Mark mehr wie im Vorjahr); Ausgabe und zwar fortlaufende 90,936,385 Mark (7,009,108 Mr. mehr) und einmalige Ausgaben 1,140,000 Mark.

Abg. Berger (Witten) ist der Ansicht, daß der Etat der Postverwaltung gegenüber dem Etat der Telegraphenverwaltung sich nur dadurch günstiger gestaltet habe, daß die Ausgaben auf ein gewisses Minimum beschränkt seien und die Postverwaltung außerdem mancherlei Vortheile genieße, so bei der Benutzung der Eisenbahnen und der Chausseen. Dadurch erkläre sich allein der Überschuß der Postverwaltung und das Defizit der Telegraphenverwaltung.

Abg. Schmidt (Stettin) macht dem gegenüber darauf aufmerksam, daß die Begünstigungen der Post auf dem Gesetz vom Jahre 1838 beruhen und daß die Kommissarien des Hauses sich nicht verlaßt gesetzen hätten, Betrachtungen über die Aufhebung dieser gesetzlichen Bestimmungen anzustellen. Im übrigen hätten die Kommissarien dem Postamt keineswegs ein ungünstiges Vertrauen entgegenzubringen, vielmehr seien die einzelnen Positionen genau geprüft worden.

Abg. Ackermann u. Gen. beantragen zu Tit. 9 Einnahmen dieses Etats dem Herrn Reichskanzler eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Zeitungsprovisionen zu empfehlen.

In der Diskussion wird von verschiedenen Seiten auf die Notwendigkeit einer Modifikation der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, dieselbe wird auch von dem General-Postdirektor Dr. Stephan anerkannt und verspricht derselbe die Sache in Erwägung zu ziehen.

Die Resolution wird in Folge dieser Erklärung zurückgezogen.

V. Tit. 1. Besoldungen und Remunerationen spricht Abg. Sonnenmann für eine Erhöhung der Gehälter der untersten Beamtenklassen namentlich auch der Landbriefträger; ebenso weiß Abg. Hasselmann auf die Unzulänglichkeit der Besoldungen dieser Beamtenkategorien hin, bei welchen gegenüber der gegenwärtigen Theuerung bereits ein Notstand eingetreten sei, der uneigentlich erscheint. Bis jetzt seien diese Beamten noch nicht in die allgemeine Bewegung eingetreten. Das werde aber geschehen, sobald der Staat nicht gründliche Abhilfeschafft und die Gehälter mindestens um 40 bis 50 Prozent erhöht. — Abg. Frhr. v. Hoberbeck: Ich bin nicht berechtigt, anzunehmen, daß den Vorredner andere Motive, als reines Milieufühl bei seinen Ausschreibungen geleitet und ich bin selbst der Meinung, daß eine Aufhebung der Gehälter für sämmtliche Postbeamte dringend geboten erscheint. Aber wenn der Vorredner gleich eine Aufhebung von 40 bis 50 Prozent verlangt, er den Leuten mehr schadet als Nutzen schafft.

Tit. 1 wird hierauf genehmigt. Die übrigen Positionen des Etats geben zu Ausstellungen keine Anlaß und werden ohne Debatte ebenfalls bewilligt.

c) Telegraphenverwaltung.  
Einnahme 12,115,800 Mr. (1,448,100 Mr. weniger als im Jahre 1874); Ausgaben nämlich dauernde: 15,469,796 Mr. (1,016,489 Mr. mehr) und einmalige Ausgaben 120,000 Mark.

Die Kommissarien des Hauses, Abg. Ackermann u. Gen. haben zu Tit. 1 der Einnahme folgende Resolution beantragt: die Erwartung auszusprechen, daß es der Telegraphenverwaltung gelingen werde, in dem Etat für 1876 die Einnahmen mit den Ausgaben möglichst ins Gleichgewicht zu bringen.

Abg. Sonnenmann glaubt, daß durch Einführung eines einheitlichen Telegraphentariffs (er seinerseits erklärt sich für den Einheitszoll von 10 Mr.) eine wesentlich höhere Einnahme erzielt werden würde. — Abg. Frhr. v. Hoberbeck erklärt sich gegen eine solche allgemeine Erhöhung, da hierzu auch seines Daseins gar kein Grund vorliege, da das Defizit möglicherweise vorübergehenden Ursachen zugeschrieben sei. — Ebenso erklärt sich Abg. v. Behr (Stralsund) ebenfalls gegen den Vorschlag des Abg. Sonnenmann, den er als einen wirtschaftlichen Fehler bezeichnet. — General-Telegraphen-Direktor Mehdam verspricht auf einen möglichsten Ausgleich bei dem Etat der Telegraphenverwaltung hinzuwirken zu wollen, wie dies zu geschehen habe, müsse jedoch den späteren statistischen Erörterungen überlassen bleiben.

Abg. Miguel: Durch den vorliegenden Antrag werde nichts gewonnen, denn derselbe lasse der Telegraphenverwaltung über die einzuschlagenden Maßnahmen die volle Freiheit. Wolle man Einsparungen in der Verwaltung, so werde nichts anderes übrig bleiben, als die Einnahmen zu vermehren vorausgesetzt, daß das Defizit kein vorübergehendes ist. Darüber lasse sich heute aber noch nicht entscheiden.

Abg. Richter (Hagen) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Abg. Sonnenmann, der doch zu denjenigen gehöre, die das Budget verwerfen und dem Reichskanzler überhaupt nichts bewilligen wollten, mit einem Male mit einer so zarten Sorgfalt für eine Erhöhung des Reichsbudgets eintrete und den Herrn Reichskanzler veranlassen wolle, noch mehr zu verausgaben, als im Etat ausgesetzt sei. Er erklärt sich deshalb gegen die Resolution.

Abg. Sonnenmann bemerkt dem gegenüber, daß er sich das Recht

wahren müsse, bei den einzelnen Positionen seine Meinung auszusprechen ganz abgesehen davon, welche Stellung er sonst auch dem Etat gegenüber enehme.

Die Resolution wird hierauf vom Hause abgelehnt und der Etat genehmigt.

Die Zölle und Verbrauchssteuern. Einnahme: 224,959,770 Mark.

Abg. Hasselmann: Obgleich im ganzen Volke der lebhafte Wunsch auf Beseitigung der indirekten Steuern laut geworden, so sei doch nichts geschehen, um dies Steuersystem zu beseitigen (Reife: Wahl- und Schlachsteuer) und eine direkte auf das Einkommen jedes Einzelnen basirte Steuer einzuführen. Da man habe sogar einzelne dieser Steuern noch erhöht, so die Tabaksteuer (Widerspruch). Die bestehenden Klassen sträubten sich überhaupt, die indirekten Steuern zu beseitigen, weil sie weniger von diesen, als von der direkten Steuer betroffen würden. So würden z. B. die Arbeiter durch die Branntweinsteuern weit mehr belastet als die bestehenden Klassen, denn in den Arbeiterfamilien werde mehr Branntwein getrunken (Gelächter) als in den übrigen.

Abg. Günther (Sachsen) weist den Vorwurf zurück, als ob bisher nichts geschehen sei, eine Steuererleichterung für die ärmeren Klassen herbeizuführen und erinnert namentlich daran, daß Seitens des Reichstages wiederholt der Versuch gemacht worden, die Salzsteuer zu beseitigen, wenn natürlich auch bis jetzt ohne Erfolg.

Abg. Löwe macht darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokraten trotzdem sie das Monopol der Volkswirtschaft für sich in Anspruch nehmen, ihn in dem Kampfe gegen die Wahl- und Schlachsteuer nicht unterstützen hätten. Es sei nemals die Absicht seiner Partei gewesen, die Steuern von den Schultern der wohlhabenden Klassen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, vielmehr sei das siebenfache Erbe zu entlasten. Manches in dieser Beziehung sei gelungen und er und seine Freunde würden stets bestrebt sein, das Möglichste nach dieser Richtung hin zu erreichen.

Abg. Richter (Hagen): Thatsache sei, daß die indirekten Steuern im Etat des Reichstages eine große Rolle spielen, während dies im Landesetat gerade umgekehrt sei. Er und seine Partei hätten stets für eine Entlastung der ärmeren Volksklassen gesorgt und sogar diejenigen, welche unter 140 Thlr. Einkommen hätten, ganz von der Klassensteuer befreit. Allerdings seien sie bei dieser Reform mit mehr Sachsenstaat zu Werke gegangen, als der Abg. Hasselmann zu haben scheine, der von einer Erhöhung der Tabaksteuer gesprochen, die gar nicht stattgefunden habe. Was die Branntweinsteuern anlangt, so würde man den Arbeitern diese nicht abnehmen, wenn die Arbeiter selbst nicht bestrebt seien, sich davon zu entlasten.

Die Einnahmen aus den Zöllen werden genehmigt.  
Bei der Einnahme aus dem Zölle auf den Wein wird der Abg. v. Behr (Stralsund) darauf aufmerksam, daß in keinem Lande Europas der Zucker so teuer bezahlt werde wie in Deutschland, denn beispielsweise koste hier der Zucker noch immer 5-6 Mr. während sich in England der Kostenpreis auf nur 2½ Mr. pro Pfund stelle. Ein fast ebenso niedriger Preis werde auch in Frankreich gezahlt und dennoch betrage die Einnahme aus dem Zuckersteuer doppelt so viel wie bei uns. Redner spricht sich für Einführung der Fabriksteuer aus und zieht an die verblüdeten Regierungen die Anfrage, ob es in der Absicht liege eine Vorlage wegen Bewilligung der Kosten zur Prüfung des hierzu erforderlichen neuen Apparats vorzulegen.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß er in diesem Augenblick noch keine Auskunft darüber geben kann, daß könne er aber versichern, daß der Versuch nicht unterbleiben werde.

Abg. Kardorff hält den gegenwärtigen Augenblick für eine Steuerreform nicht für geeignet, da eine Störung der Steuerverhältnisse bei Ausführung der Münzreform bedenklich sei.

Abg. Webstöckicht hält bei den Einnahmen aus der Branntweinsteuern durch statistische Zahlen den Nachweis zu führen, daß der Branntweinenguss in den letzten Jahren zugemessen habe.

Staatsminister Delbrück bestreitet dies. Wenn der Branntweinkonsum zugemessen, so habe dies darin seinen Grund, weil sehr viel zu gewölbten Zwecken verbraucht wird.

Abg. Dr. Löwe bringt die auffällige Thatsache zur Sprache, daß während der Bierkonsum in der letzten Zeit abgenommen, die Biersteuer seit Erlass des neuen Gesetzes nicht zugemessen habe. Da, wie er weiß, der Bundesrat eine Abänderung des gegenwärtigen Besteuerungsmodus beabsichtige, so halte er es für seine Pflicht, auf diese Thatsache die Aufmerksamkeit der verblüdeten Regierungen zu lenken.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß allerdings die dringende Veranlassung vorliege, die Frage in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise in der bisherigen Besteuerung des Bieres eine Änderung herbeizuführen sei, denn die Thatsache, daß seit Erlass des Gesetzes über die Braumalstesteuer in Preußen nur 63,000 Zentner Bier jährlich versteuert werden, fordere dringend hierzu auf. Der Etat wird hierauf genehmigt.

e) Etat der Wechselseitsteuer.  
Einnahme 5,845,950 Mr. — Derselbe wird nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dr. Reichenberger ebenfalls genehmigt.

f) Münzwezen.

Der Etat beträgt in Einnahme und Ausgabe 7,800,000 Mr.

Abg. Siemens fragt an, ob die verblüdeten Regierungen eine Verlängerung der durch das Gesetz vom 23. März 1870 festgestellten Frist zur Einziehung der Banknoten in Aussicht genommen.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß eine solche Vorlage bereits in Beratung genommen sei und dem Reichstage neben einer zweiten Vorlage, welche die Einziehung der kleineren Apotheken beweisen, schon in der nächsten Zeit zugehen werde.

Der Etat wird hierauf genehmigt.

II. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung der Maaf- und Gewichtsordnung in Elsaß-Lothringen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte definitiv angenommen.

III. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen betreffend die Stempelpflichtigkeit der Rechnungen und Quittungen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

IV. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung von Reichsbüchsen in Elsaß-Lothringen.

Auf den Antrag des Abg. Lasker wird die zweite Beratung ausgesetzt, die jedoch nach dem Beschuß des Hauses im Plenum stattfinden wird.

ungspräsidenten v. Pultkamer im 6. Gumbinner Wahlkreise beanstandet. In den eingelaufenen Protesten wird allerdings eine große Anzahl von Unregelmäßigkeiten und direkten Geschwörerlaufen beschauptet; auch haben sich solche aus den Wahltägen ergeben. Es ist vor gekommen, daß von Lehrern und anderen Staatsbeamten einzelnen Wählern Stimmen abgenommen und andere aufgebrängt wurden, daß mehrere Zettel durch einen Wähler abgegeben wurden; daß Wahlvorstände höchst manchmal zusammengesetzt waren. Nach Abzug aller beanstandeten Wahlergebnisse blieben für Pultkamer noch 38 Stimmen Majorität. Außerdem werden über in verschiedenen der angeführten Provinzen ungesetzliche Wahlbeeinflussungen durch königliche Beamte und deren Organe behauptet. Die Majorität der Abteilung glaubte in diesen angeführten Thatsachen für den Fall, daß sie sich als wahr erweisen würden, umfassende Wahlbeeinflussungen von Seiten königlicher Beamten und ihrer Organe erkennen zu müssen, welche bei der geringen Majorität von 38 Stimmen das Ergebnis der Wahl in Zweifel stellen. Nach allen diesen Erwägungen beschloß darüber die Abteilung mit 21 gegen 3 Stimmen, folgenden Antrag dem Reichstag zur Annahme zu empfehlen: Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Wahl des Regierungs-Präsidenten v. Pultkamer im 6. Gumbinner Wahlkreise zu beanstanden, 2. den Reichstag zu ersuchen a. über die in den Protesten behaupteten Unregelmäßigkeiten und Geschwörerlaufen in den bezeichneten Wahlkreisen, b. über die in den Protesten behaupteten ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen des Landratsamtsverwalters Maubach in Johannisburg und Oberförsters Krüger in Grondowken gerichtliche Untersuchung anstellen zu lassen und 3. von dem Ergebnisse der Untersuchungen dem Reichstag Mittheilung zu machen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 7. Dezember.

△ Berlin, 7. Dezember. Die Abberufung des Ober-Präsidenten von Nordenflicht wird in der Pressetheorie von Reflexionen über die politische Stellung desselben begleitet, welche in den Thatsachen keine Begründung finden. Es wird behauptet, Herr von Nordenflicht sei von jeher als hyperkonserватiv und hyperorthodox bekannt gewesen, derselbe habe überdies schon zur Zeit seiner Berufung nach Schlesien gar kein Hehl aus seinem Widerspruch gegen die Maigesetze gemacht und es sei nur zu verwundern, daß man ihn trotzdem zu jener Stelle berufen habe. Die obige Charakterisierung des Herrn v. Nordenflicht ist völlig grundlos; er hat sich weder in politischer noch in kirchlicher Beziehung jemals zu extremen Ansichten bekannt. Bei seiner Wahl für Breslau aber kam gerade die von ihm früher in seiner Stellung in Posen dem dortigen Klerus gegenüber bewiesene Energie in Betracht. Von einem prinzipiellen Widerspruch des Herrn v. Nordenflicht gegen die Maigesetze ist niemals auch bis jetzt nicht die Rede gewesen, vielmehr ist bei allen grundsätzlichen Erörterungen das Einverständnis des Oberpräsidenten mit den Auffassungen der Regierung konstatiert worden. Herr v. Nordenflicht ist jedoch ein Mann von großer praktischer Selbstständigkeit und von einer gewissen Hartnäckigkeit in Vertretung dessen, was er als praktisch richtig erkannt hat. Es ist nun bekannt, daß er in der Ausführung der Maigesetze mehrdeutige Wege betreten zu dürfen glaubte, und er hat dabei übersehen, welche bedenklichen Konsequenzen sein Auftreten im Zusammenhange mit einigen anderen Thatsachen auf die Beurteilung der Stellung der Regierung im kirchlichen Kampfe haben mußte. Die Staatsregierung dagegen hatte die Maigesetze von der Würdigung des einzelnen Falles, jene allgemeinen Konsequenzen ins Auge zu fassen, und deshalb mußte es zu dem schließlich Eclat kommen. Es war zu erwarten, daß gerade wegen des Zusammenhangs mit der Frage, welche die Gemüther so tief erregt, daß Urteil über den abberufenen Oberpräsidenten in der Öffentlichkeit vielfach ein zu hartes sein würde. Dem gegenüber ist das unbefangene Urteil vieler Blätter höchst erfreulich. — Was die Nachfolger betrifft, so wird das Interimistum von sehr kurzer Dauer sein. Vielleicht erfolgt die neue Ernennung schon in den nächsten Tagen. Im Vordergrund der Erwägungen steht ein bekannter Name, an dessen Scheiden aus einer anderen hohen Stelle vor Kurzem allerlei unbegründete politische Auslegungen geknüpft wurden. — Der Ober-Regierungsrath Dietlein, bisher Stellvertreter des Präsidenten in Stralsund ist an eine Hannoversche Landdrostei versetzt worden. (Dietlein hat eine Schwester des Präsidenten Steinmann in Arnswalde zur Frau. — Ned. d. Pos. B.) — Der König hat auf das Gesuch des Direktoriums des germanischen National-Museums gestattet, daß zu der von denselben zum Besten des Wiederaufbaues des abgetragenen Augustinerklosters mit Genehmigung der bairischen Regierung zu veranstaltenden Lotterie von Kunstwerken auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose vertrieben werden dürfen.

— Die parlamentarische Soirée bei dem Fürsten Reichskanzler war am Sonnabend wieder sehr zahlreich besucht, der Fürst in bester Laune und sichtlich gutem Bestinden. Auf dem Tische des Kanzlers liegen jetzt zwei melancholische Andenken, die beiden Feuerwaffen, mit denen das Leben des Fürsten bedroht worden ist: der Blinde Revolver und der Kullmann'sche Pistole; die Letztere, eine sehr starke Waffe, ist übrigens bei den damit angestellten Prüfungen zersprungen. Beide Waffen erregten bezeichnender Weise großes Interesse.

— Die „Nord. Allz. B.“ knüpft an die berüchtigte Rede Jörgs folgende Bemerkungen:

Wir wissen, wer Herr Jörg ist. Seine Reden sind für uns länglich dadurch gekennzeichnet, daß er sie führt. Aber dem Auslande gilt er als Mitglied des deutschen Reichstags; und dieser Name hat noch vollen Klang. Wie des Abgeordneten Windhorst törichte Anspielung, daß dem Frieden (nicht von Frankreich) „von anderer Seite“ Gefahr drohe, in der „Gazette de France“ hervorgehoben worden, so dürften Jörg's Diatriben in der Sitzung vom 4. d. Ms. auswärts stützt werden als Stimmen aus dem deutschen Volk, als der Ausdruck einer speziell in Baiern herrschenden Gesinnung. Daraus wird dann in der fremden Presse Kapital geschlagen, auf diese Weise die öffentliche Meinung in den Nachbarländern irregelen und mit uns vereinigt. Das legt die Pflicht der Wachsamkeit und einer sorgfältigen Beachtung auf, deren an sich Worte von Herrn Jörg allerdings nicht werth sind.

Es kann kein Zufall sein, daß gleichzeitig in dem klerikalen Vaterland zu Wien und in der neuzeitlichen Rede des ultramontanen Reichstags-Mitglieds zu Berlin derselbe Gedanke wiederkehrt, dort von der Zeitung mit Bravour ausposaunt, hier von Herrn Jörg — nicht ganz so plump — in parlamentarische Umstöße eingekleidet: der Gedanke, Deutschland mit aller Welt und namentlich mit Italien zu verheben. Das wäre denn also die vom Baffan ausgeübene Parole des Tages, das Feldgeschrei im jesuitischen Lager. Das Wiener „Vaterland“ sagt es runderaus: „es kann gegenwärtig für Österreich wie für einige andere Staaten keine wichtigere diplomatische Aufgabe gedacht werden als die, die bisherige Intimität zwischen Italien und Preußen zu lösen.“ Der Redner im Reichstag, ohne das betreffende Programm aufzustellen, ist zur Aussöhnung derselben geschriften, indem er jene „Intimität“ zunächst dem deutschen Volke zu verleihen, das nationale Selbstgefühl,

dass freilich seiner Brust fremd ist, gegen Russland zu reißen sucht. Ist doch in ganz Europa dieser „Fraktion Kullmann“ nichts so sehr ein Dorf im Auge, als das feste und treue Zusammensein der drei Kaiser! Denn darin liegt die mächtige Bürgschaft des Weltfriedens; man darf sagen, die vertrauliche Verbindung der drei nordischen Großmächte ist der Friede. Und er ist denen in der Seele zuwider, die zur Errichtung ihrer Zweck Krieg oder Revolution brauchen.

Aber was denken sich diese klerikalen Zeitungen und Parlamentsredner? Sind sie der Meinung, mit ihren Hetzereien einen Erfolg zu erzielen? Da, wo sie bisher Glück gehabt, werden sie auch ferner reißen, bei der ungebildeten Masse, die durch Vermährung des Unterrichts uraltschlüssig geworden, obwohl selbst in dieser Region Menschen schon die Schuppen von den Augen fallen und die seit vier Jahren stereotype Lüge bereits fadenscheinig wird. Auf Kreise der Gebildeten indesten können Herr Jörg und das Wiener „Vaterland“ keinen Eindruck machen; jedem Denken repräsentiert das Einverständnis Österreich-Ungarns und Russlands mit Deutschland die Lebens Interessen der Millionen Bürger der drei Reiche. Vollends auf die Kabinette! Der bloße Anlauf, die leitenden Staatsmänner umzustimmen, macht lächerlich. Es liegt darin eine kolossale Selbstüberhöhung; denn, mit wiedel Pferder Kraft die große internationale Lügenfabrik arbeiten mag, und stünde ihr dabei in einem der Länder eine vermutlich gemischte Presse, auch ebenso der gefaßte Weißes Apparat, zur Verfügung: soweit reicht ihre Macht und die Tragweite Jörg'scher Reden und Wiener und Liberator Zeitungsaufsteller nicht, um die drei befriedeten Regierungen von einander zu trennen. Gleichwohl ist das Gebaren des Herrn Jörg nicht zu übersehen und seine Reichstagssrede vom 4. d. M. so verrätherisch — in jeder Beziehung! —, daß es sich verloht, den deutschen Wählern daran zu exemplifizieren, was Geistes Kind dieser Mann und „seine“ Fraktion ist.

— Professor v. Holzendorff ist gestern aus München hier eingetroffen und hat heute bereits begonnen, sich in dem Prozeß Arni in durch Einsicht in die Alten zu informiren. Ob ihm das in der kurzen Zeit von zwei Tagen gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage. — Exklusiv der Vertreter sämtlicher Berliner Zeitungen haben sehr viele auswärtige Blätter zu dem Prozeß Blätter durch eigene fremde Berichterstatter belegt und erhalten. Das auswärtige Amt selbst wird durch zwei Stenographen, Wolffs Telegr. Depeschen-Bureau durch Kreisgerichtsrath Heil und zwei Stenographen vertreten sein. — Wie das Hirsch'sche Telegraphenbureau mittheilt, ist gestern der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Braun von dem Stadtgerichtsrath Pescatore als Zeuge in der Untersuchungsfache gegen den Grafen Harry Arnim eidlich vernommen worden. Veranlassung zu der Vernehmung hatte die Veröffentlichung des Herrn Dr. A. Behncke, ehemals Redakteur der „Spener'schen Blg.“, jetzt Herausgeber der „D. Allg. Corr.“, gegeben. Dr. Karl Braun vermochte angedlich die Angabe derselben nicht zu bestätigen.

— In der am Freitag Abend stattgehabten allgemeinen Katholiken-Versammlung hält der Redakteur der „Germania“ Joseph Cremer, einen Vortrag über seine Erlebnisse in Spanien, dessen ganzer Inhalt nur darauf ausging, den Carlismus zu glorifizieren. Nach der Rede wurde die Geschäfts-Ordnung des in der Gründung befindlichen „Berliner Vereins der Zentrumspartei“, welcher den Zweck hat, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und nach Maßgabe des Programms der Zentrumspartei auf dieselbe einzutreten, vorgelesen und genehmigt. In den Vorstand gewählt wurden die Herren v. Kehler, Vorsitzender, Geh. Rath Brodtolt und Bergsöder Braun, Stellvertreter.

— Daß der unduldsame Geist, der unter dem früheren Regime in Preußen gelebt, jetzt noch jetzt seine Bühnen treibt, beweist eine Scene, die um so peinlicher ist. In der oberen Raute eines städtischen Abgeordneten Konvents zu Breslau, veranschaulichen die Vertreter der älteste Kirche und der jüdischen Religion, nämlich zum Besten der Lehrerwittenbasse, veranschaulichen die Vertreter einer Schule am 30. November ein Konzert, verbunden mit Gesang und Declamation, in welchem nur ihre Schülerinnen mitwirkten. Begeisterterweise begeisterten sich sämtliche Schüler der Schule, für ihre Angehörigen bei dem Lehrer Billets zu laufen, für welche sie den Beitrag am nächstfolgenden Tag mitbringen sollten. Unter Anderen hielten auch drei Schülerinnen jüdischen Glaubens das unerhörte Verbrechen begangen, zweimal die pflichtschuldige 10 Silbergroschen zu versetzen, was den Ordinariums vor der vollversammelten ersten Klasse zu den eines Mühl'schen Pädagogen würdigten, mit Entrüstung vorgebrachten Worten veranlaßte: „Die christlichen Schülerinnen trennen sich leider von ihrem Gelde, als die Jüdinnen.“ Welchen Namen der alten Kirche und der jüdischen Religion, zu ihrem bölichen Konzert, in dem die Schülerinnen der Schule am 30. November ein Konzert, veranschaulichen die Vertreter der ältesten Kirche und der jüdischen Religion, welche die jüdischen Schülerinnen mitwirkten. Begeisterterweise begeisterten sich sämtliche Schüler der Schule, für ihre Angehörigen bei dem Lehrer Billets zu laufen, für welche sie den Beitrag am nächstfolgenden Tag mitbringen sollten. Unter Anderen hielten auch drei Schülerinnen jüdischen Glaubens das unerhörte Verbrechen begangen, zweimal die pflichtschuldige 10 Silbergroschen zu versetzen, was den Ordinariums vor der vollversammelten ersten Klasse zu den eines Mühl'schen Pädagogen würdigten, mit Entrüstung vorgebrachten Worten veranlaßte: „Die christlichen Schülerinnen trennen sich leider von ihrem Gelde, als die Jüdinnen.“ Die Jüdinnen wollen immer nur nehmen und nichts dafür geben.“ — „Wir wollen nicht untersuchen, wie weit der in den leitenden Kreisen jener Schule herrschende Geist für diesen Vorfall mit verantwortlich ist, überlassen es vielmehr den städtischen Behörden, dahin zu wirken, daß der religiöse Parteidienst, der heute die Welt zu spalten droht, nicht schon seinen Sitz in den unschuldigen Gemüthern der Jugend finde.“ fügt die „Trib.“ hinzu.

— Nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 9. November er wird eine Ehe auf den Antrag der beiden Ehegatten getrennt, wenn die begründete Vermuthung vorliegt, daß der andere Ehegatte sich eines wirklichen Ehebruchs habe zu Schulden kommen lassen. Einer solchen Vermuthung gegenüber kann der eidlichen Aussage der jeweils Person, mit welcher der schuldige Ehegatte die Ehe gebrochen haben soll, kein Glauben geschenkt werden.

— Der Steinmetz Richter hatte in einer zu Bergbrück bei Nüdersdorf vor einer Versammlung sozialdemokratischer Arbeitertypen im Frühjahr d. J. gehaltenen Rede u. a. geduscht, daß man es denen schon gedankt werde, welche die sozialdemokratischen Reichstagabgeordneten ins Gefängnis gebracht hätten, daß hinter denfelben noch dreimaltausend Arbeiter ständen, welche gut hauen, stechen und schießen könnten und den deutschen Michel bald erwischen würden ic; und war deswegen aus § 130 des Strafgesetzbuchs (Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätsigkeiten gegen einander) zu 3 Monat Gefängnis verurtheilt worden. — In der Appellationsinstanz vor dem Kammergericht wurde die Oberstaatsanwaltschaft (St. A. Grosschaff) aus, daß der erwähnte Richter bestand erwiesen sei und es nur in Frage stehe, ob dem Angeklagten in diesem Falle der § 12 des Strafgesetzbuchs zu strafen käme, (Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen der Kammer ic. sind krasselos), indem, wie derfelbe behauptet und tatsächlich der Fall sei, jene Anklagerungen nur eine Reproduktion derjenigen seien, welche der Abgeordnete Hasselmann in einer Sitzung des Reichstages gehabt habe. Der Angeklagte habe nun damals aber keineswegs ein Referat über jene Reichstagsitzung gegeben und etwa die Worte Hasselmann's zitiert, nein, er habe sie ohne jeden Kommentar in der Rede angebracht und dadurch zu einer eigenen Willensäußerung gemacht. In Gemüthlichkeit dicker Deduktion erkannte der Gerichtshof, dem Antrage der Oberstaatsanwaltschaft entsprechen, auf Bestätigung der ersten Sentenz.

— Oldenburg, 4. Dezember. Wie kürzlich mitgetheilt, hatte der großherzogliche Oberkirchenrat dem Pfarrer Späth auf dessen Anfrage, ob er dem Ansuchen des hiesigen israelitischen Gemeindeforstandes, am Grabe des Landrabbiners Wechsler eine Rede zu halten, entsprechende, einen abschlägigen Bescheid gegeben und denselben durch die „Rückstift auf seine Stellung als Pfarrer der hiesigen evangelischen Gemeinde“ begründet, obgleich nach seiner Versicherung der Pfarrer Späth in einer Unterredung zwischen ihm und dem Präsidenten des Oberkirchenrats gleich von vornherein erklärt hatte, daß weder er noch der israelitische Gemeindeforstand an ein Auftreten im Talar,

also in seiner Eigenschaft als evangelischer Geistlicher denke. Nun mehr hat der Kirchenrat der evangelisch-lutherischen Gemeinde beschlossen, dem Oberkirchenrat ein Schreiben zuziehen zu lassen, in welchem, da die Aufregung über diese Maßregel in der Kirchengemeinde groß sei und dieselbe gerade das Gegenteil von der Behörde erwartet habe, da ferner auch der Kirchenrat als die gesetzliche Vertretung der Gemeinde der Ansicht sei, daß ein Eingehen auf das Gesuch der israelitischen Gemeinde in jeder Hinsicht unversänglich und dem christlichen Geiste entsprechend gewesen wäre, der Oberkirchenrat um Aufschluß gebeten wird, in wieweit nach seiner Ansicht ein solches Verweigern durch Rücksicht auf die Gemeinde gefordert war.

Paris, 5. Dezember. Wie Dupanloup, wie Challemel! Die Botschaft ist schon beinahe vergessen über dem Geräusch, welches die beiden Kämpfen für und gegen die Freiheit des höheren Unterrichts gemacht haben. Der Bischof der Orleanisten hat mit musterhafter Offenherzigkeit erklärt, was seine Partei unter Freiheit des Unterrichts versteht: „Der Staat soll innerhalb der Grenzen des erlaubten Gedem den höheren Unterricht freistellen. Innerhalb der Grenzen des Erlaubten stehen aber nur diejenigen, welche die erwiesene Wahrheit lehren. Die erwiesene Wahrheit aber ist die Lehre der Kirche und was mit ihr übereinstimmt.“ Also volle Unterrichtsfreiheit für uns Bischofe und sonst für Niemanden! Das ist das Ergebnis seiner Rede. Dem gegenüber hatte Challemel Lacour seinen schweren Stand; er ging direkt auf das bischöfliche Sophisma los und schlug es in Sülle: „Wenn es sich um eine wahre Freiheit des Unterrichts handelt, wenn jeder Mann der Wissenschaft lehren könnte, was er aus rein wissenschaftlichen Gründen für richtig hält, dann würden auch wir für die Freiheit sein. Aber aus allem, was die Begünstiger des Gesetzeswurfs landgeben, geht hervor, daß die erstrebte sogenannte Freiheit nichts Anderes ist als das Monopol der Klerikalen. Und das wollen wir nicht.“

## Lokales und Provinzielles.

Wossem, 8. Dezember.

— r. Das Leichenbegängnis des verstorbenen Major und Stadtrates a. D. v. Treskow fand gestern Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause in der Königsstraße aus statt. Seit Langem hat unsere Stadt einen so imposanten Zug nicht gesehen. In der Wohnung des Verstorbenen, in welcher der mit Kränen und Guirlanden reich geschmückte Sarg zwischen Palmen und Lebensbäumen stand, hatte sich die Familie v. Treskow und eine Anzahl der nächsten Freunde und Bekannten versammelt. Konstistorialrat Reichard hielte am Sarge eine Rede über 1 Timoth. 1, 15, in welcher er ein Bild des inneren Lebens des Verstorbenen gab. Unter dem Geläut der Glocken der St. Pauli-Kirche und den Klängen des Musikkörpers des 46. Regiments, welches in Uniform angetreten war, wurde der Sarg auf den Leichenwagen gesetzt, vor welchem eine Kompanie des Landwehr-Vereins, zu dem der Verbliebene gehörte, die Fahne und die Schlägen, dann der Zeitungsverein, die Böllinge des städtischen und des Jacobischen Waisenhauses und des Rettungshauses, ferner ein Landwehr-Offizier, welcher die Orden des Verstorbenen (den Roten Adler-Orden 3. Kl., die Kriegsmedaille von 1813 u. 1815, die Landwehr-Auszeichnung) trug. Der Sarg trug die Inschrift: „In der ewigen Ruhe ruhe der Verstorbene in Frieden.“ Der Sarg wurde in der Kirche eröffneten, und in welchem man außer zahlreichen Mitgliedern der Familie, den Oberpräsidenten, den Kommandeur General, den Gouverneur, die beiden Bürgermeister und den Stadtverordneten Vorsteher der Stadt und viele Mitglieder königlichen und städtischen Kollegien bemerkte, bewegte sich durch die Königsstraße, über den Neustädtischen Markt durch die Mühlens- und St. Martinstraße zum Berliner Thor nach dem von dem Verstorbenen selbst angelegten Kirchhofe der St. Pauli-Gemeinde. Der Sängerkorps des Landwehr-Vereins sang zum Beginn der dortigen Feier zwei Verse des Liedes „Jesus meine Zuversicht“, worauf Pastor Schlecht die Leichenrede hielt, in welcher er, anknüpfend an das Wort Lucas 22, 26 ff.: „Der Größte unter euch sei wie der Diener“, ein Lebensbild des Verstorbenen zeichnete, dessen gesammte Thätigkeit ein Dienst gewesen sei, ein Dienst der Liebe zu König und Vaterland, zu Stadt und Gemeinde, zu Armen und Elenden. Besonders wurde dem Danke der Kirchengemeinde, deren Gotteshaus und Friedhof Zeugnis von der Fürsorge des Verstorbenen ablegte, warmer Ausdruck gegeben. Nach der Einsegnung der Leiche folgte Chorgesang, darauf die üblichen drei Salven über dem Grabe. — Requiescat in pace!

— Zur Abstattung persönlicher Meldung ist in Berlin eingetroffen: General Arzt Dr. Henrici, bisher Oberstabs- und Regimentsarzt vom 4. Garde-Grenadier-Regiment König, aus Anlaß seiner kürzlich erfolgten Ernennung zum General Arzt 2. Kl. unter gleichzeitiger Ernennung zum Corpsarzt des 5. Armeecorps, auf der Durchreise nach seiner neuen Garnison Posen.

— Ein Gutsbesitzer von außerhalb, welcher am Sonnabend einem Feuer im Saale des Hotel de Saxe beizuhören beabsichtigte, wurde in dem Augenblick, als er in den Saal treten wollte, vom Schlag getroffen, und blieben alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

— r. Der Verein gegen Hansbettelei, dessen Thätigkeit mit dem Ende des Rentiers Dahlke (Anfang Oktober d. J.) ins Stocken geraten war, hat mit Beginn d. M. seine Wirksamkeit auf Neue entfaltet, indem an die ca. 150 Armen, welche vom Vereine unterstützt werden, je 20 Sgr. zur Verbilbung gelangten. Nur mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Mittel konnte diesmal eine so hohe Unterstüzung gewährt werden und wird künftig an jedem 1. des Monats nur der Betrag von 12½ Sgr. vertheilt werden können. In der Generalversammlung, welche im November d. J. stattfand, wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt: der Buchdruckereibesitzer E. Rößel (als Vorsteher), Stadtrath Garben, Konditor Pitzen, Buchhändler Levysohn, Kaufmann Ferdinand Schmidt und hat der Erste vorläufig die Führung des Kassenwesens übernommen. Die Vertheilung der Unterstützungen an die Armen erfolgt in dem Ulrich'schen Tabakgeschäft am Wilhelmplatz. Dringend zu wünschen wäre es, daß der Verein mehr an Ausbreitung gewöhne. Gerade von den Hauseigentümern und Inhabern öffentlicher Geschäfte und Läden, die doch am meisten unter der Hansbettelei zu leiden haben, indem sie in erster Linie von den Bettlern heimgesucht werden, gehören sehr viele dem Vereine nicht an, indem ihnen die außerordentlichen Vortheile, welche derselbe seinen Mitgliedern gewährt, jedenfalls nicht bekannt sind; die Vortheile bestehen eben darin, daß die Bettler, welche vom Vereine unterstützt werden, die Schilder, welche an den Haus- und Laden türen der Mitglieder angebracht sind, respektieren und dort nicht hestehen. Aber auch in rein humanem Interesse ist es dringend zu wünschen, daß dem Vereine, welcher sein Schildlein zur Linderung der Not unter den Armen unserer Stadt beiträgt, recht viele Mitglieder

**Auf dem Schweinemarkt** (am Ende der Venetianerstraße) beabsichtigt der Magistrat, wie wir hören, einen **Schlachtwieh-Hof** zu errichten, der etwa die Hälfte des dort vorhandenen freien Platzes umfassen soll; die Kosten für die erforderlichen Einrichtungen würden etwa 6000 Thlr. betragen. Unzweifelhaft hat dieses Projekt Viel für sich: einerseits besitzt die Stadt dort bereits einen großen Platz und würde demnach für die Erwerbung des erforderlichen Terrains keine Aufgaben zu machen brauchen; außerdem wird gegenwärtig dort bereits an mehreren Tagen in der Woche ein nicht unbedeutender **Schlachtwieh-Markt** abgehalten, zu dem vornehmlich Schweine angetrieben werden, so daß demnach Verkäufer wie Käufer an diesen Platz schon gewöhnt sind; auch würde es gewiß als ein nicht geringer Vortheil angeschlagen sein, daß der **Schweinemarkt**, der in seinem jetzigen Zustande einen durchaus unökologischen Anblick gewährt, in Folge der Errichtung des Viehhofes reguliert werden und dadurch ein besseres Ansehen erhalten würde. Allerdings spricht wiederum auch Mancherlei gegen die Errichtung des Viehhofes auf diesem Platze: vor Allem die weite Entfernung vom Zentralbahnhofe, auf dem doch eine sehr bedeutende Menge Schlachtviehes für den Bedarf unserer Stadt ankommt, so daß demnach das Vieh fast durch die ganze Stadt nach dem Viehhofe hingetrieben werden müßte; überdies sind gerade die Zugänge zu dem **Schweinemarkt** sehr eng und einer Erweiterung nicht recht fähig. Es dürfte wohl zu erwägen sein, ob die Vortheile, welche umweltverbessernd von der Errichtung des Viehhofes auf dem **Schweinemarkt** zu erwarten sind, nicht durch mancherlei Nachtheile aufgewogen werden würden.

**Berichtigung.** Der erste Artikel der Rubrik „**Staats- und Volkswirtschaft**“ im heutigen Morgenblatt ist leider falsch bezeichnet worden. Es muß selbstverständlich nicht „russische“, sondern „preußische“ Bank heißen.

**Aus Ostrowo.** 5. Dezember, wird dem „**Ognisko**“ geschrieben: Auf Veranlassung der Regierung ist, wie verlautet, gegen den Kaplan (des früheren Erzbischofs) **Meszyński** wegen unbefugten Messelebens in dem hiesigen Kloster der Bistumskonnen die Untersuchung eingeleitet worden. Der Klosterrat Edmund Radziwill wurde in dieser Sache bereits als Zeuge vernommen. Wegen Mangels an Beweisen ist der Prozeß unterblieben, weil der Kaplan in der Parochialkirche keinen Gottesdienst abgehalten, seine Beichte gehört, an der Frohnachtspromission nicht teilgenommen hat und überhaupt keine geistlichen Funktionen ausübt. Die Vorsicht hat den Kaplan vor der geistlichen Strafe bewahrt.

**Zirchiegel.** 4. Dezember. [Stadtverordneten-Wahlen.] Am vergangenen Montag stand Termin zur Wahl von 4 Stadtverordneten an. In der Neustadt wurden an Stelle der ausscheidenden Schlossermeister Schulz und Löffelmeister Braunack, der Hotelbesitzer Zweiger und der Kaufmann R. Birns neu gewählt, in der Altstadt dagegen die bisherigen Stadtverordneten Ackerbürger Pachek und Schnedermeyer Glucke wiedergewählt.

**Inowraclaw.** 6. Dezember. [Bürger-Versammlung.] Am 3. o. M. fand hier selbst in Bergers Hotel eine Sitzung des Bürgervereins statt, für welche folgende Tagesordnung aufgestellt worden war: 1) Mittheilungen des Vorstandes, 2) Rechnungslegung, 3) Statutenberatung, 4) Neuwahl des Vorstandes, 5) Vortrag des Dr. Müller über Wasserleitungen. (Schluß) — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung zeigte zunächst der stellvertretende Vorsitzende Dr. Postdirektor Groß, das Ausscheiden des bisherigen Vorsitzenden des Vereins Hrn. Kreisrichter Haber, aus dem Verein an; die Versammlung giebt ihre Anerkennung der hohen Verdienste des Herrn Haber durch Erheben von den Sigen Ausdruck. Hierauf ersterte Hr. Distr. Kommiss. Böllmann Bericht über den Stand der Angelegenheit bezüglich der Straßenreinigung durch die Ortsarmen und stellte hierüber sowie über das öffentliche Fuhrwesen Referate für die nächste Sitzung in Aussicht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehend, macht der Vorsitzende zunächst Mittheilung über ein Schreiben des hiesigen Magistrats, das als Antwort auf das Gesuch um Abwendung einer Deputation zwecks Erwirkung eines Darlehns von 200.000 Thlr. an den Verein gelangt sei. Der Magistrat teilt mit, daß die Stadtverordneten-Versammlung ablehnend beschieden habe, weil uns zunächst die Mittel zur Verwirkung des Darlehns fehlten. Der Vorsitzende berichtet ferner über die für Verlustzwecke angeschafften Werke, so wie über einige Geschenke, die dem Verein zugesangen sind. Nach der ad 2 erfolgten Rechnungslegung beläuft sich das Vereinsvermögen auf ca. 50 Thlr. Die Versammlung beschließt den monatlichen Beitrag von 1000 Thlr. ab auf 5 Sgr. festzustellen. Die vom Vorstand aufgestellten Statuten des Vereins wurden von der Versammlung in bloc angenommen. Bei der ad 4 vorausnommenen Vorstandswahl wurden Herr Rechtsanwalt Kleine als Vorsitzender, die Herren: Postdirektor Groß, Kreisbaumeister Küngel, Ingenieur Dr. Müller, Kreisphysikus Dr. Winkler, Dr. med. Horner, Kaufleute Salomonsohn, Levy und Jacobsohn als Beisitzer gewählt. Zum Schluß legte Hr. Dr. Müller seinen in der vorletzten Versammlung unterbrochenen Vortrag über Wasserleitungen fort und nahm hierbei besonders auf die hiesigen Verhältnisse Rücksicht. Aus dem ebenso interessanten als lehrreichen Vortrage sei hier nur hervorgehoben, daß nach den vom Dr. Müller angestellten Versuchen die Anlage der Wasserleitung in der nächsten Nähe der Stadt statthaft wäre, indem in westlicher Richtung von der Stadt, aber auch nur hier eine über 30 Fuß mächtige, wasserhaltige Sandschicht in beträchtlicher Breite existiere, welche genügenden Vorraum zur Versorgung der Stadt böte. Interessant war die Mittheilung des Kreisbaumeisters Küngel, daß bei der Schiffsbarmachung der Neße die Anlage eines Stichkanals nach Inowraclaw von der Staatsregierung in Aussicht genommen sein soll.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Ein neuer Damenkalender für 1875 unter dem Titel: „A. Haack's Damenkalender“, hat das Licht der Welt erblickt und empfiehlt sich als ein praktisches, einheitliches Damen-Nécessaire, dem neben den bereits bestehenden ein hervorragender Platz mit Recht einzuräumen ist. Die Redaktion war bemüht, in geschmackvollem Einbande ein elegantes Game herzustellen. In sauberem Druck mit farbigem Titelbild enthält dieser „Jahresbegleiter unserer Damen“ ein vollständiges Kalendarium mit kurzem Geschichts- und Festkalender, Ausgabe- und Einnahmen-Notizen, Wochenfundepan, täglichem Notifikalender und als besonders wertvolle Beigabe von der beliebten Villamaria ein reizendes Märchen, dem sich Dr. H. Beta mit erprobten Mittheilungen für unsere Hausfrauen über „Aufbewahrung und Einnahme“ anschließt.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* **Halle-Soran-Gebener Eisenbahn.** Die Aktionäre der Bahn werden auf den 8. Januar zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, um über den nachfolgenden Antrag der Verwaltung Beschuß zu fassen: „Das von der Generalversammlung vom 26. Juni er. genehmigte Darlehen von 800.000 Thlr. wird bis zum Betrage von 1.623.750 Thlr. erhöht und zwar gegen Verpfändung der durch das Allerhöchste Privilegium vom 14. Oktober c. genehmigten Prioritäts-Anleihe von 2.165.000 Thlr. und dementsprechende Tilgung durch letztere. Die Direktion und der Verwaltungsrath werden ermächtigt, gemeinschaftlich die Bedingungen für Abgabe, Verjüngung und Rückzahlung des Darlehns von 1.623.750 Thlr. zu vereinbaren.“ Wie die Börs.-Btg. erfährt, handelt es sich hierbei um die Beschaffung der für den Bau der Eilenburg-Leipziger Strecke noch notwendigen Geldmittel, die man möglichst schnell flüssig zu machen wünscht. Aus diesem Grunde soll denn auch zunächst das früher beschlossene Darlehen erhöht werden, da die Regelung der der Gesellschaft konventionierten Prioritäten aus mehrfachen formellen Ursachen zur Zeit noch nicht thunlich ist.

\*\* **Die diesjährige Martini-Wesse in Frankfurt a. O.** hat, wie bei den gedruckten Handelsverhältnissen zu erwarten war, keinen günstigen Erfolg gehabt. Es sind nur gegen 55.000 Ctr. Waren angefahren, was um 4000 Ctr. weniger als im Vorjahr beträgt; de-

Absatz kann kaum als mittelmäßig bezeichnet werden. Die Menge der verkauften Tuche war im Vergleich zu den am Platz befindlichen Tügen im Ganzen nicht bedeutend. In gemusterten und dicken Tüchen aus Forst, Kotbus, Spremberg, Luckenwalde, Beitz, Guben etc. entwickelte sich durch die vielen anwesenden Kleinstäuffer ein gesetztes Leben, auch durch das Eingreifen einiger Engroshäuser; doch mußten sich die Fabrikanten, wo es sich um Partien handelte, eine Preisdiskussion gefallen lassen. Recht schöne Ware war gesucht und wurde rasch vergriffen. Glatte und Export Tuche aus Schwedt, Sorau, Finsterwalde, Grünberg, Sommerfeld, Sagan etc. fanden wenig Absatz, da Käufer hierfür fehlten und überhaupt das Geschäft an Überproduktion leidet. — Das Geschäft in seidenen, halbwollenen, baumwollenen, wollenen, halbwollenen, seidenen und kurzen Waren war nur bei wenigen Firmen gut, bei den meisten war dasselbe nur ganz mittelmäßig oder gering. — Die Zufuhren von Leider aller Art, rohen Fellen, Häuten, Borsten, Haaren, wurden sämtlich, aber zu geringen Preisen, verkauft, ungeachtet an Borsten und Pferdehaaren nur wenig Bedürfnis am Platz waren. — An roher Schafwolle waren zu den vorhandenen Beständen circa 800 Ctr. angefahren, wovon nur ein Theil der Mittelwolle und Gerberwolle verfaßt wurde. — An Pferden waren circa 1200 Stück am Markt; die Preise waren sehr hoch, der Handel darin jedoch, namentlich bei den gewöhnlichen Pferden, in Folge der sehr hohen Futterpreise, gedrückt.

\*\* **Badische 35 Fl.-Poste.** Serienziehung vom 30. November. Geogene Serien: Nr. 92 52 698 1326 1350 1413 1546 1814 3160 3974 4131 4243 4752 5682 5926 6028 6288 6419 7783 7831.

\*\* **Wien.** 7. Dezbr. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 23 bis 30. November 218.013 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 39.050 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 16.747 Fl., Mehreinnahme 1812 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 2110 Fl., Mehreinnahme 306 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 1004 Fl., Mindereinnahme 935 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Steindorf-Braunau 1136 Fl., Mehreinnahme 56 Fl.

\*\* **Ungarisches Eisenbahn-Aulehen.** Serienziehung vom 1. Dezember. Geogene Serien: 734 972 1292 1355 1375 1838 1856 1863 2173 2205 2420 2708 3193 3377 3576 3645 3933 4098 4144 4283 5359 6118 6138 7036 7141 7530 7614 7886 8347 8883 9155 9400 9531 9693 10216 10611 10924 11081 11491 11787 11968 12168 12253 13096 13140 13529 14124 14453 1451 14816 15334 16041 16711 17161 17534 17672 18021 18040 18075 18290 18935 19225 19266 19570 20116 20690 21239 21661 21802 22969 23107 23287 23306 23638 24035 25075 25399 25831 26281 26299 26344 26774 27025 27559 28305 2972 29664 30301 30331 30716 30896 30925 31154 31365 31565 31752 31917 31944 32280 32588 32800 32911 33152 33245 33500 33772 34129 3479 35074 35348.

### Vermischtes.

\* Zur „**Depeschen-Fabrikation**“ schreibt die „**Frz. Btg.**“ aus Frankfurt a. M. unter dem 3. d.: „Die gestrige Berliner „National-Zeitung“ brachte unter der Rubrik „Rußland und Polen“ die Ueberlegung eines Karolitels aus dem russischen Blatt „**Golos**“. Dieser Artikel, welcher die orientalische Frage zum Gegenstand hat, ist in einem durchweg friedlichen Tone gehalten und enthält in seinem Schlußteil u. a. folgenden Passus:

„Würde die Türkei sich in der rumänischen Frage wieder an das Kuratorium der Westmächte wenden, und würden diese sich veranlaßt fühlen, auf diese Einmischung einzugehen, so könnte dies zu ernsten diplomatischen Verwicklungen führen und vielleicht selbst den Frieden Europas gefährden. Aber Gott sei Dank! Heute hat Niemand mehr Lust für die Aufrechterhaltung des Glanzes und der Souveränität der Pforte sein Blut zu vergießen und so wird die Angelegenheit friedlich beigelegt werden, freilich nicht, wie die türkischen Utlmister es wollen, sondern wie es die Lage der Dinge erfordert.“

Vorgerufen wird in d. „Klunkner“ Teilerapen Korrel abends. — „Depesche an Schlagan: „Golos Oriental“ spricht beispielhaft siebzehn diplomatische Verhandlungen; falls Einmischung der Westmächte sogar Gefährdung des europäischen Friedens.“

Auf diese letztere Hobbieschaft hin wurden sofort die Spekulationscourie geworfen, und wären z. B. zusätzlich die londoner Notierungen matt gekommen, so hätten wir Angesichts einer solchen Nachricht wohl möglicherweise auch einen Coursfall bis zu 10 Gulden erleiden können. Nachdem die betreffende Nachricht eine Zeit lang die Gemüther geängstigt hatte, verbreitete sich plötzlich das Gericht, die Depesche sei überhaupt hier und zwar von einem Spekulant fabriziert worden. Wir woslen die tumultuarischen Szenen übergehen, welche hierauf entstanden und welche die Vertreter jenes Telegraphen-Korrespondenzbüros in die handgreifliche Unsicherheit brachten. Diese Vertreter sind der ihnen von der Kammerdirektion zugetheilten Aufgabe inzwischen gerecht geworden und haben aus der von ihnen vorgelegten Originaldepesche bewiesen, daß sie selbst bona fide gehandelt haben. Gerade dieser, zu Gunsten der betreffenden Herren hier angeführte Umstand, ist aber auch zugleich der schwerste Vorwurf für dieselben. Wie erstaunlich raffiniert jene Hobbiesche aus dem Zusammenhang herausgerissen und entstellt worden ist, das brauchen wir nach dem oben angeführten Wortlaut nicht weiter zu detailiren. Das Berliner Bureau — schickt nun diese Depesche — der hiesigen Abendbörse, resp. seinem hiesigen Bureau. Die Vertreter des letzteren aber, welche doch unbedingt wissen müssen, daß in friedlichen Zeiten niemals eine so bestimmte kriegerische Erklärung publiziert wird, fühlen sich so „anzt nur Instrument“ ihres Berliner Büros das sie, ohne auch nur weiter darüber nachzudenken, sofort jene Depesche veröffentlichten.... Ein eigentliches Licht hat später auch die Aussage des Chefs des Hirsch'schen Büros über die Affäre verbreitet. Der Letztere erklärte nämlich, auch ihm sei diese Depesche von Privatseite angebracht worden. Er habe dieselbe jedoch abgelehnt. Immerhin berechnend, mit welchen Offerten man an diese Organe herantreten wagt. Positiv gewiß ist auch, daß vor Veröffentlichung der Depesche auf dieselbe hin Spekulationspapiere verkauft wurden. Ein frankfurter Spekulant, der momentan in Berlin weilt, wird auch allgemein als Urheber derselben genannt.

\* **Eine komische Verwechslung.** Im stenographischen Bureau des Reichstages wie auch der beiden Häuser des Landtages befindet sich ein „Journalist“, dem auch in den Etats eine Stelle angewiesen ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Reimer wünschte eine Erhöhung der betreffenden Statsposition und motiviert diese damit, daß er das Gehalt für einen Journalisten, einen „gebildeten und studirten Mann“ verlangte, der nicht schlechter gestellt werden dürfe, als „die Journalisten vom Republikanischen“. Der Journalist des Reichstags hat aber seinen Namen nur von dem „Journal“ („Journal“), das er führt, worin die Reden der Abgeordneten registriert werden; ist also durchaus nicht Journalist im gebräuchlichen Sinne des Wortes.

\* **Ein Wort des Papstes.** In seinem letzten pariser Feuilleton in der „Indep. Presse“ erzählt Jules Claretie folgendes Geschichten: „Der Papst empfing im verschloßenen Sommer im Palast den Besuch des Erzbischofs von Paris, Guibert. Als der Kirchenfürst sich von Pius IX. wieder verabschiedete, fragte ihn dieser, ob er alle Kirchen Rom's seime. „Beinahe“, antwortete der Erzbischof. „Auch die Kirche St. Cosmas und St. Damian?“ — „Nein.“ — „Das ist schade, Monsignore“, meinte der Papst, „sehen Sie sich die Kirche an, sie feiert morgen ihr Kirchweifest. Die Legende, die sich an den einen ihrer zwei Schutzheiligen knüpft, ist so hübsch: St. Cosmas hatte sich eben mit einem reitenden Mädeln trauen lassen, als er, aus der Kirche tretend, von der göttlichen Gnade erlöst und Mönch wurde aber auf der Stelle, noch denselben Tag.“ Lächelnd fügte Pius IX. hinzu: „Humanamente parlante (weniglich gesprochen) hätte er, glaube ich, mehr gewonnen, wenn er erst am nächsten Morgen geworden wäre. Aber nicht mir kommt es zu, einen Heiligen

zu beurtheilen. Was St. Cosmas gethan, ist wohlgethan. — Dieses „Humanamente parlante“ im Munde des Papstes Klingt artig genug.“

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

### Angekommene fremde vom 8. Dezember.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Die Kauf-Hannes a. Croffen, Lublinski a. Gembic, Granowski a. Pietrkow, Handelsmann Damit a. Gräß.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Adam a. Borek, Guttmann und Sohn a. Gräß. Deutlich a. Berlin, Simon a. Schollen, Joel aus Radziejewo, Markus a. Pinne, Nathan a. Wongrowitz, Löwenstein aus Klecko, Gonsowski aus Klecko, Distriktskommisarius Lindemann a. Polajewo.

MYLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Menzel a. Frau a. Turowo, Krause u. Frau a. Schröder, Frau Gutsbes. Lange und Toch. a. Groß Rybnik, Amtsrat Losse a. Otorowo, Dr. Weiler a. Breslau, die Fabrikanten Guttmann a. Breslau, Marcus und Frau a. Berlin, die Kauf. Gräfe aus Breslau, Bloberg a. Crefeld, Boas a. Hamburg, Cron, Augustus, Pinner a. Berlin, Becker a. Crefeld.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzerin Frau Niemann a. Göra, Leut. Kandler a. Wrony, Rentier Breunig aus Görlitz, Fabrikant Schillmann a. Hannover, Kreisrichter Hoffmann a. Schrimm, die Kauf. Fröhlich a. Dresden, Fäßerger a. Pest, Willmann a. Landsberg, Goldschmidt aus Hamburg, Schreuner a. Berlin, Klinger a. Breslau.

**Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.**

Paris, 7. Dezember. Der „Moniteur“ schreibt, Eisen beabsichtige zu demissionieren, falls das Armeecadresgesetz nicht angenommen werde. Die französische Antworts-Note auf das letzte Memorandum dürfte gutem Vernehmen nach morgen offiziell in Madrid überreicht werden. Die „Agence Havas“ bestätigt, daß die Regierung einen Vertrag mit Deutschland über den Schutz des literarischen Eigentums vorbereite. Einer carlistischen Meldung zufolge ist Tristan zum Oberbefehlshaber der carlistischen Armee im Norden, Doregoray zum Kommandanten des dortigen Centrums ernannt worden.

**Versailles,** 7. Dezember. [Nationalversammlung.] Der Antrag, betreffend den Schutz der im Haushandel und anderen ähnlichen Gewerben beschäftigten Kindern, wurde angenommen.

Madrid, 7. Dezember. Der Bischof von Urgel spricht in einem von den Journals veröffentlichten Schreiben aus, daß er die Partei der Carlisten verlässe. Er fordert Don Alfonso auf, sich ebenfalls von der carlistischen Sache loszusagen und erklärt, er werde in Urge bleiben, auch wenn die Stadt von den Regierungstruppen besetzt würde.

### Drahtzäune und Gewebe,

sowie

Kunst-Drahtarbeiten

liefern zu Fabrikpreisen

Posen, Breslauerstr. 38.

**H. Kling.**

### Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 7. Dezbr., Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Pf. pr. Dezember 18½, pr. April-Mai 57 Pf. — Pf. Weizen pr. April-Mai 186 Pf. Roggen pr. Dezember 52½, pr. April-Mai 150 Pf. Rübbel pr. Dezbr. 17½, pr. April-Mai 56 Pf. pr. Jani-Juli 57 Pf. — Weiter: Trübe.

Bremen, 7. Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Standard white lo

Berlin. 7. Debr. Wind: W. Barometer 27. 11. Thermometer früh - 3° P. Witterung: bedeckt.  
Das milde Wetter hat die Anzahl mit Roggen beladener Kähne in nahe Aussicht gestellt, was drückend auf die Haltung des Artikels wirkte, doch nur dem Preise für laufenden Monat Nachteil brachte. Der Umsatz war im Allgemeinen nicht sonderlich lebhaft. Ware etwas reichlich angeboten, verlaufen sich schwerfällig. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 53 Rl. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl matter. — Für Weizen wurden etwas schlechtere Schote abgegeben; es fehlt aber sehr an Verkäufern und der Handel konnte sich in Folge dessen gar nicht recht entwickeln. Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 61½ Rl. per 1000 Kilogr. — Hafer lolo per 1000 Kilogr. 54-64 Rl. nach Dual gef. offensichtlich 58-62, neuer russ. 58-60, galiz. u. ungar. 55-60, pom. u. mehl 61-63 ab Bahn bz., per diesen Monat 62½-62 Rl., Dez. 3 n. Frühjahr 175-171-174 Rm. bz., Mai-Juni 172 Rm. bz., Juni-Juli 173 Rm. bz. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaren 66-78 Rl. nach Dual. Futterwaren 61-64 Rl. nach Dual — Raps per 1000 Kilogr. — Leinöl lolo per 1000 Kilogr. ohne Fass 22½ Rl. — Rüböl per 100 Kilogr. lolo ohne Fass 18½ Rl. bz. mit Fass — ver diesen Monat 18½ Rm. bz., Debr.-Januar — April-Mai 57,6 Rm. bz., Mai-Juni 58,1 Rm. bz., Sept. Okt. 61,5 Rm. bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Fass lolo 8½ Rl. bz., ver diesen Monat 8 Rl. Jan. 23,4 8 Rm. bz., Febr. 23,7 Rm. bz., März-April-Mai — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt = 10,000 pCt. lolo ohne Fass 18 Rl. 25-25 Sgr. bz., ver diesen Monat —, lolo mit Fass —, ver diesen Monat 18 Rl. 23-27 Sgr. bz., Jan. Febr. 56,3 5 Rm. bz., April-Mai 58,3-6 Rm. bz., Mai-Juni 58,5-8 Rm. bz., Juni-Juli 59,5-9 Rm. bz., Juli-August 60,5-9 Rm. bz. — Mehl

Breslau, 7. Dezember.  
Still.

Freiburger 104. de. junge. — Oberschles. 164%. M. Oder-Weser St. A. 117. do. do. Prioritäten 116½. Franzosen 187. Lombarden 78%. Italiener. — Silberrente 68%. Numänter 34. Breslauer Distriktsbank 89%. do. Wechslerbank 79. Schles. Bank 109%. Kreditaktien 141. Lauchslitze 137%. Oberschles. Eisenbahnen. 68. Österreich. Bank 91%. Russ. Banknoten 94%. Bresl. Mellerbank. — do. Bresl. B. B. — Provinz. Mallerb. — Schles. Ver einsbank 92%. Ostdeutsche Bank — Bresl. Prov. Wechslerb. —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 7. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Best. Diskonto 4½ pCt.  
[Schlusskurse] Londoner Wechsel 119%. Pariser Wechsel 95%. Bresl. Wechsel 106½. Franzosen 326%. Böh. Weinb. 210. Lombarden 137%. Galizier 255%. Silberrente. — Nordwestbahn 151%. Bankaktien 1050. Günstig. Lombarden steigend.

Wien, 7. Dez. Im Ganzen fest, gegen den Schluss etwas schwächer. Renten still, Bahnen höher.

Nachbörse: Kreditaktien 236, 50, Franzosen —, Lombarden —, Unionbank —, Anglo-Austr. —

Schlusskurse] Papierrente 69, 65. Silberrente 74, 60. 1854er Loos 103, 70. Bankaktien 996, 00. Nordbahn 1895. Kreditaktien 236, 75. Franzosen 310, 00. Galizier 244, 50. Nordwestbahn 145, 00. do. Lit. B. 62, 80. London 110, 75. Paris 44, 15. Frankfurt 92, 40. Böh. Westbahn —. Wechslerb. 167, 50. 1860er Loos 109, 70. Lomb. Eisenbahn 130, 25. 1864er Loos 134, 20. Unionbank 114, 50. Anglo-Austr. 141, 50. Austr.-Aukt. 116. Napoleon 8, 90%. Dukaten 5, 25. Silberloup 105, 80. Eisenbahnbahn 194, 00. Ungarische Prämienanleihe 80, 20. Preußische Banknoten 1, 63½.

Wien, 7. Dezbr., Nachmitt. Kreditaktien 2, 6, 75, Franzosen 310, 00. Galizier 244, 75. Anglo-Austr. 140, 00-141, 25. Unionbank 113, 50. Nordwestbahn 145, 00. Lombarden 139, 00-130, 25. Papierrente 69, 70. Silberrente —, Napoleon 8, 91. Sehr fest, Nordwestbahn begehrt.

London, 7. Dezember. Nachmittags 4 Uhr.

Ja die Börse flossen heute — Pfd. Sterl.

Berlin, 7. Dezember. Der gestrige Privatverleih eröffnete in wenig fester Haltung, allmählich bildete sich aber in Folge regerer Geschäftstätigkeit eine günstigere Tendenz aus und hellt bis zum Schluss an. Auch den heutigen Börsentag charakterisierte eine ziemlich zarte Stimmung; die auswärtigen Notirungen trafentheilweise etwas besser ein und lössten sich die Course auf internationalem Gebiete gut behaupten, lokale Spekulationswerthe verfolgten mehrfach steigende Tendenzen. Unter den letzteren nahmen heute die Aktien der Dortmund Union die Aufmerksamkeit hervorragend in Anspruch und wurden zu wesentlich starkeren Courten in belangreicheren Summen umgesetzt; gegen Schluss schwächte sich der Cours wieder etwas ab. Im Übrigen verhielt sich die Spekulation abwartend und die Umsätze gewannen nur für einige Devisen größere Bedeutung.

Der Kapitalmarkt bewahrte seine feste Haltung in allen seinen Zweigen, ohne sich lebhafteren Verlehr. zu erfreuen zu können. Die Kassowerthe der übrigen Verlehr. blieben behauptet und ruhig.

## Fonds- u. Aktienbörsie

Berlin, den 7. Dezember 1874.

### Deutsche Fonds.

Consolidierte Anl.	44	105½
Staats-Anleihe	48	100 bz
do. do.	4	—
Staatschuldt.	38	91½ bz
Prin. St. Anl. 1855	33	128½ G
Kurs. 10 Thlr. Orl.	75½ G	
R. u. Neum. Schdl.	32	94½ bz
Ode. Reichbar. Orl.	101	B
Berl. Stadt-Orl.	5	102½ G
do. do.	4½	—
do. do.	3½	90 G
Berl. Börse-Orl.	5	100 B
Berliner	4½	100 B
R. u. Neum.	5	105 G
do. do.	4	87½ G
Ostpreußische	3½	102½ bz
do. do.	3½	87 bz
Pommersche	3½	94½ bz
do. neue	4	94½ bz
Posen'sche neu	4	93½ bz
Schlesische	3½	85½ G
Westpreußische	3½	86½ bz
do. do.	4	95½ bz
do. do.	4½	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
Posen'sche neu	4	93½ bz
do. do.	3½	85½ G
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.	5	—
do. do.	3½	87 bz
do. neue	4	94½ bz
do. do.	3½	85½ bz
do. do.	3½	86½ bz
do. do.	4	102½ bz
do. do.		